Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Freie Hansestadt Bremen

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
SAARLAND

Herrn Parteivorsitzenden
Martin Schulz
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

26.05.2017

EU-Emissionshandel ab 2021

Lieber Martin,

die Ausgestaltung des europäischen Emissionshandels hat überragende Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie mit ihren rund 86.000 Beschäftigten, ein Großteil davon in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Brandenburg, Saarland und Bremen.

Vor diesem Hintergrund droht aus dem Beschluss des EU-Umweltministerrats vom 28.02.2017 zur Zukunft des europäischen Emissionshandels ab 2021 ein schwerer Schaden für die deutsche Stahlindustrie, die hochqualifizierten Arbeitsplätze und den Fortbestand elementarer Wertschöpfungsketten. Europäischer Klimaschutz darf nicht die Bedingungen für unsere Stahlkollegen so erschweren, dass zu schlechteren Arbeits- und Umweltbedingungen in Indien oder China der Stahl für die heimische Industrie produziert wird.

Der EU-Umweltministerrat war einem geeigneten Beschluss des Europäischen Parlaments vom 15.02.2017 nicht gefolgt. Das aktuelle EU-Trilog-Verfahren bietet die Chance, die Zuteilungsregelungen zum Erhalt wettbewerbsfähiger Standortbedingungen in Deutschland und Europa signifikant nachzubessern.

Die wichtigsten Punkte sind aus unserer Sicht:

- die kostenlose und bedarfsgerechte Zertifikatszuteilung für die 10 Prozent TOP-Performer,
- eine deutlichere Anhebung des Industrie-Caps an der Gesamtmenge der Emissionsrechte zur Vermeidung des sektorübergreifenden Korrekturfaktors,
- am technisch Machbaren orientierte Produktbenchmarks, die im Falle der Stahlerzeugung die Emissionen aus der ökologisch sinnvollen Kuppelgasverstromung vollumfänglich enthalten,
- der Verzicht auf pauschale Kürzungen der Produktbenchmarks,

- die Beibehaltung der umfassenden Kompensation der indirekten Kosten für Carbon-Leakage gefährdete Unternehmen.

Wir teilen ausdrücklich die kritische Haltung der Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries gegenüber dem Agieren des Bundesumweltministeriums. Diese wird auch in einem Schreiben unserer Ministerpräsidenten an die Bundeskanzlerin zum Ausdruck kommen, welches sich derzeit in der Abstimmung befindet.

Gemeinsam wollen wir daran arbeiten, mit dem Blick auf Beschäftigung und Wertschöpfung die Position Deutschlands als größter Stahlerzeuger in der EU und als siebtgrößter Stahlerzeuger der Welt zu erhalten!

Mit freundlichen Grüßen

Albrecht Gerber
Minister für Wirtschaft und Energie, Brandenburg

Martin Günthner
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Bremen

Olaf Lies
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Niedersachsen

Garrelt Duin
Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, Nordrhein-Westfalen

Anke Rehlinger
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarland